

7. Dezember 2006
Presseaussendung Greenpeace

Lobau: Umweltschützer beantragen Genehmigung für Au-Protest bei Umweltstadträtin Sima

Keine Flur- und Straßenschäden durch Umweltschützer zu erwarten.

Wien (OTS) - In der Auseinandersetzung rund um den Bau des geplanten Lobau-Tunnels haben die Umweltschützer heute bei der Wiener Umweltstadträtin Ulli Sima einen Bescheid für eine Aufenthaltsgenehmigung zum Schutz der Lobau beantragt. "Nachdem Lkw, Allradautos und Bohrmaschinen problemlos eine Genehmigung für den Aufenthalt in der Au von der Umweltstadträtin erhalten haben, verlangen wir das gleiche Recht für uns Fußgeher und Radfahrer", so Greenpeace-Verkehrsexperte Erwin Mayer.

Unter anderem heißt es im Antrag der Umweltschützer: "Da die Aktivisten sich zu Fuß oder per Fahrrad durch den Nationalpark bewegen, sind keine Flur- oder Straßenschäden zu erwarten. Da sie sich nur an jenen Orten aufhalten, wo Bohrmaschinen aufgestellt sind, bzw. Wege benutzen, auf denen neben Fußgängern und Radfahrern auch Pkw, Lkw und Traktoren verkehren, werden die Aktivitäten der Umweltschützer keine zusätzliche Einwirkung auf den Nationalpark haben, außer jenen, die durch menschliche Aktivitäten ohnehin gegeben sind."

Die Au-Besetzer wollen so dem Versuch der Stadt Wien begegnen, die Aktivisten mit Klagsandrohungen aus der Au zu bringen. "Die Bohrgeräte müssen aus der Au verschwinden, nicht die Aubeschützer", fordert Global 2000-Verkehrsexpertin Karin Kuna und kündigt gemeinsam mit den Bürgerinitiativen und Greenpeace eine Prüfung des Bescheids für die Durchführung von Probebohrungen durch die Asfinag an.

Die Asfinag hatte von der zuständigen MA 22 und Umweltstadträtin Sima eine Sondergenehmigung erhalten, in der Lobau Tiefenbohrungen vorzunehmen und zu diesem Zweck mit schwerem Gerät in den Nationalpark einzufahren. Dies widerspricht deutlich den Intentionen des Nationalparkgesetzes.

Trotz Klagsandrohungen seitens der Stadt Wien und der Asfinag wollen die Umweltschützer so lange in der Au bleiben, bis Bürgermeister Häupl einen Verkehrsgipfel für die Ost-Region einberuft und einen Weihnachtsfrieden mit Bohrstopp verkündet. "Bürgermeister Häupl kann sich nicht länger der Feinstaubproblematik, dem erhöhten CO₂-Ausstoß und dem Verkehrslärm verweigern und eine Transitautobahn letztendlich mit Polizeieinsatz durchpeitschen", erhofft Bürgerinitiativensprecher Stefan Wirius Gesprächsbereitschaft vom Wiener Bürgermeister.

Rückfragehinweis:

Erwin Mayer, Greenpeace-Verkehrsexperte, 0664-2700441
Thomas Hohenberger, Pressesprecher Greenpeace, 0664-5308186
Karin Kuna, Global 2000-Verkehrsexpertin, 0699-14200038
Lydia Matzka, Pressesprecherin Global 2000, 0699-14200026

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0066 2006-12-07/10:22

071022 Dez 06